

- Workshop 1:
 - Forderung 1:

Wir wollen die landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen beim Thema Umweltfreundlichkeit eng begleiten und intensiv unterstützen. Als Land sollten wir mit den eigenen Unternehmen als Vorbild vorangehen und neue Maßstäbe setzen. Hierfür wollen wir über Pilotprojekte wie zum Beispiel mit der Gemeinwohlbilanzierung bei Forst BW den Weg in eine neue Nachhaltigkeitskultur bei den Landesunternehmen ebnen und diese dann in der Fläche umsetzen. Eine nachhaltigere und klimafreundliche Ernährung in den Kantinen ist dabei ein essentieller Baustein.

Zum Schutz der natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen wollen wir damit zu den Pionieren bei den Unternehmen in der öffentlichen Hand werden. Bei der Beschaffung muss der Fokus darauf liegen, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht auf Kosten kommender Generationen verbraucht werden. Die Unternehmensbeteiligungen des Landes können dadurch insgesamt einen wichtigen Beitrag in den Bereichen der Energieeinsparung und Umweltauswirkungen leisten.

- Forderung 2:

Um den Ausbau der der Windkraft im Land zu beschleunigen, hat das Land eine Task-Force eingerichtet. Ziel ist es, planerische Hürden abzubauen und ausreichend Fläche für Windkraft-Anlagen zur Verfügung zu stellen. Zu den wichtigsten Maßnahmen der Task-Force gehören:

- Die Einrichtung der Stabsstellen Energiewende, Windenergie und Klimaschutz bei den vier Regierungspräsidien zur Straffung der Genehmigungsprozesse.
- Die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren.
- Die Erarbeitung eines Praxisleitfadens Windkraft zur Vereinheitlichung der Genehmigungsverfahren.
- Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens gegen immissionsschutzrechtliche Genehmigungen von Windkraftanlagen.
- Die Einrichtung eines Infrastruktur-Senats am Verwaltungsgerichtshof.

Von den rund 50 Maßnahmen ist zwischenzeitlich die Mehrzahl umgesetzt. Damit wird bereits jetzt eine Halbierung der Planungs- und Genehmigungszeiten erreicht.

- Forderung 3:

Für die Zukunft unseres Landes ist entscheidend, dass Forschung im Mittelpunkt unseres Handelns bleibt. Das gilt umso mehr für den Klimaschutz. Ohne Investitionen in diesem Bereich können wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Die Forschung und Entwicklung für Klimainnovationen muss intensiviert und mit Offenheit für alle Technologien vorangetrieben werden – das gilt etwa auch für die Kernfusion. Als Regierungskoalition fördern wir seitens des Landes beispielhaft den Verein SmartGridsBW, der sich als Netzwerk zentraler Akteure aus Energiewirtschaft, Anlagenherstellern, Netzbetreibern und IT versteht. Eng im Zusammenhang mit den Smart Grids steht zudem die Idee, die Batterien von Elektroautos als dezentrale Stromspeicher zu nutzen, wenn dieser überschüssig verfügbar ist. Auch ist das Speichern von Energie über Wasserstoff möglich. Hierzu unterstützt das Land viele Forschungsprojekte.

- Workshop 2:
 - Forderung 1:

Das Fahrrad gewinnt im Alltagsverkehr und auch für Sport und Freizeit zunehmend an Bedeutung. Deshalb ist der CDU-Landtagsfraktion die Optimierung und Verbesserung der Radinfrastruktur sowie

die Schließung von Lücken im bisherigen Radnetz sehr wichtig. Das Landesförderprogramm für die Kommunen für die Jahre 2024 bis 2028 umfasst über 900 Maßnahmen und löst Investitionen mit einem Wert von ca. 955 Millionen Euro aus.

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich nachdrücklich dafür ein, den Radverkehr möglichst baulich vom Auto- und Fußverkehr zu trennen. Daher müssen Radwege ebenso wie Fußwege bereits bei der Planung aller neuen Straßenbauprojekte mitgedacht werden.

Radschnellwege entlasten Regionen mit hohem Verkehrsaufkommen und stark frequentierten Pendlerstrecken maßgeblich. Daher wird die Landesregierung bis zum Jahr 2030 20 neue Radschnellwege zu errichten. Erste Teilstrecken, wie beispielsweise zwischen Böblingen/Sindelfingen und Stuttgart wurden bereits fertiggestellt. Wir werden auch weiterhin Fahrradstellplätze- und Parkhäuser an Bahnhöfen fördern, und die Anzahl an sicheren „Park and Ride“ Fahrradparkplätzen signifikant steigern.

- Forderung 2:

Uns ist es wichtig, ÖPNV auch im ländlichen Raum attraktiv und zuverlässig zu gestalten. Deshalb setzen wir uns für den zügigen Ausbau eines bedarfsorientierten On-Demand-Verkehrs aus, der insbesondere der Verknüpfung von ländlichen Räumen mit dem bestehenden ÖPNV dienen soll. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich zudem für eine intensive Forschung im Bereich autonomes Fahren im ÖPNV ein. Dies ist insbesondere hinsichtlich des andauernden Fachkräftemangels eine entscheidende Maßnahme, um die Beförderung auch zu Randzeiten zu gewährleisten. Dafür gibt es bereits erste Pilotprojekte, so beispielsweise im Landkreis Ludwigsburg. Das Verkehrsministerium arbeitet daran, ein bedarfsangepasstes und verlässliches ÖPNV-Grundangebot zu etablieren, bei welchem ländliche Räume zwischen 5 und 24 Uhr im 30-Minuten-Takt sowie Ballungszentren im 15-Minuten-Takt angebunden werden. Aufgrund des andauernden Fachkräftemangels wird diese Mobilitätsgarantie allerdings erst bis zum Jahre 2030 realisierbar sein. Damit sich die Bürger auch bei der Nutzung des ÖPNV wieder sicher fühlen, fordern wir die flächendeckende Ausweitung von Videoüberwachung an Bahnhöfen.

- Forderung 3:

Wir sind für die Beibehaltung der Dienstwagenregelung wie übrigens auch der Pendlerpauschale. Die Regelung ist eine steuerliche Vereinfachung. Durch diese ist das Führen eines Fahrtenbuches nicht erforderlich. Durch die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs würde auch die Mitte der Gesellschaft hart getroffen werden. So nutzen beispielsweise mehr als 400.000 Pflegekräfte ihren Dienstwagen auch privat.

Neue Antriebsformen wie Elektroautos leisten einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende. Dies erfolgt ganz wesentlich über Dienstwagen. Weitere Bausteine sind im Land Baden-Württemberg die hohe Wegstreckenentschädigung bei der Nutzung von Fahrrädern für Dienstreisen und die Möglichkeit der Anschaffung eines Jobrads für alle Beschäftigten des Landes. Beides haben wir mit dieser Koalition auf den Weg gebracht.

Baden-Württemberg ist nicht nur Automobil-, sondern auch Flächenland. Vom Dienstwagenprivileg profitieren häufig Menschen im Ländlichen Raum, die ohne Auto schlecht oder gar nicht zu ihrem Arbeitsplatz gelangen würden. Um Frust zu vermeiden, wollen wir Klimaschutz dort umsetzen, wo es sinnvolle Alternativen zum jetzigen Verhalten gibt.

- Workshop 3:

- Forderung 1:

Digitalisierung ist die Zukunft, das wissen wir nicht erst seit der Corona-Krise. Auch der Einsatz künstlicher Intelligenz ist aus der künftigen Welt nicht mehr wegzudenken. Jedoch sollten wir den Einsatz vorsichtig abwägen, gerade im hochsensiblen Bereich der Schulen. Es wird nötig werden sich mit den Chancen und Risiken der künstlichen Intelligenz gleichermaßen auseinanderzusetzen.

- Forderung 2:

Grundsätzlich ist das Land für die Lehrkräfte und der Schulträger für das Schulgebäude und dessen Ausstattung verantwortlich. Der Schulträger erhält gemäß Schullastenverordnung einen jährlichen Sachkostenbeitrag pro Schüler nach Schulart.

Mit Blick auf Herausforderungen, wie der Digitalisierung von Schule und Unterricht, haben Land und Kommunale Landesverbände den Dialogprozess Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert initiiert. Ziel ist eine Verständigung über die zukünftige Lastenverteilung. Das betrifft u.a. die Ausstattung der Lehrenden und Lernenden mit digitalen Endgeräten sowie der Unterrichtsräume. Ein DigitalPakt Schule 2 zur Fortsetzung der Maßnahmen des Digitalpakts Schule 1 aus Bundesmitteln ist dringend notwendig.

Wir regen an, landesweite Rahmenverträge für gängige Geräteklassen zu nutzen, um einerseits Beschaffung und Support zu vereinfachen, andererseits die Ausstattung zu vereinheitlichen, auch mit Blick auf Aspekte der Chancengerechtigkeit.

Im Rahmen des Innovationsprogramms Digitale Schule fördert das Land die Einrichtung von „Zukunftsklassenräumen“ unter Nutzung von Erfahrungen aus der Schul- und Unterrichtspraxis.

- Forderung 3:

Es ist unser klares Ziel, dass Baden-Württemberg auch zukünftig die innovativste Region Europas bleibt. Gerade unsere Innovationsfähigkeit, unsere wirtschaftliche Stärke, unser technischer und wissenschaftlicher Fortschritt sind Grundlage für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch neue technische Lösungen. Die Digitalisierung ist wichtiger Bestandteil unserer Zukunftsfähigkeit und kann gleichzeitig einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit leisten. Für uns ist ganz klar, dass wir die Digitalisierung weiter entschieden vorantreiben. Ein wichtiger Etappenschritt ist dabei erreicht: Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur sind wir vom Mittelfeld in die Spitzengruppe vorgerückt und wollen bis 2025 in Baden-Württemberg einen flächendeckenden Ausbau mit gigabitfähigen Netzen.

- Workshop 4:

- Forderung 1:

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt das Interesse an politischer Bildung. Politische Bildung ist ein wichtiger Baustein für eine lebendige und wehrhafte Demokratie.

Ein zentrales Ziel der Schule ist die Erziehung der jungen Menschen zu mündigen, verantwortungsbewussten und aktiven Staatsbürgern. Der kompetenzorientierte Bildungsplan in BW ermöglicht es, aktuelle Themen einzubeziehen. Damit kann das Bewusstsein der Lernenden für gesellschaftlich relevante Fragen geschärft und dazu beigetragen werden, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen und sich aktiv einbringen.

Demokratie muss gelernt und eingeübt werden. Ein wichtiger Aspekt ist die Förderung von kritischem Denken. Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, Informationen einzuordnen, verschiedene Standpunkte zu erkennen und eigene zu bilden. Dies kann bspw. durch interaktiven

Unterricht oder durch profilbildende Elemente im Rahmen des Schulcurriculums gefördert werden. Die konkrete Unterrichtsgestaltung obliegt traditionell der jeweiligen Lehrkraft.

- Forderung 2:

Auf gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte kommt es an. Das Lehramtsstudium muss ansprechend sein und die Studierenden konsequent auf die Unterrichtspraxis (guter, lernwirksamer Unterricht) vorbereiten. Im Fokus stehen die Tiefenstrukturen des Unterrichts.

Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits 2018 anlässlich des Offenen Briefs der Lehramtsstudierenden an die Wissenschaftsministerin empfohlen, über Inhalte und Praxisanteile (nebst deren Abfolge) der Lehramtsstudiengänge ergebnisoffen mit Studierenden und (Jung)Lehrkräften zu beraten. Die CDU-Landtagsfraktion hat ferner angeregt, Studium und Vorbereitungsdienst besser aufeinander abzustimmen und zu prüfen, ob der 18-Monatige Vorbereitungsdienst angemessen ist.

Sie begrüßt in diesem Kontext den gemeinsamen Modellversuch von Wissenschafts- und Kultusministerium Dualer lehramtsbezogener Masterstudiengang.

- Forderung 3:

Die CDU hat sich erfolgreich für ein neues G9 eingesetzt. Der Bildungsgang des allgemein bildenden Gymnasiums der Normalform wird zum Sj 2025/26 auf neun Jahre verlängert. Die Gymnasien können im Rahmen der ihnen zugewiesenen Ressourcen (Anzahl der bestehenden Parallelklassen) G8-Züge anbieten.

Die CDU hat 2017 eine Neukonzeption der gymnasialen Oberstufe mit Leistungs- und Basisfächern eingebracht, die zum Schuljahr 2019/20 umgesetzt wurde. Ein Leitgedanke war mehr Wahlfreiheit und Raum für individuelle Begabungen.

Mehr Kombinationsmöglichkeiten bei der Wahl der Leistungsfächer implizieren eine höhere Zahl an Prüfungstagen in der schriftlichen Abiturprüfung. Diese liegt traditionell zwischen den Oster- und Pfingstferien (ggf. 28 Werktage) und umfasst Haupt- sowie Nachtermin.

Im Falle einer freien Wahl der Leistungsfächer bestünde eine organisatorische Herausforderung mit Blick auf 20 Prüfungsfächer. Ein Vorschlag für mehr Wahlmöglichkeiten sollte ausgewogen und unter allen beteiligten Akteuren konsentiert sein. Die CDU ist gesprächsbereit.

Was die Basisfächer anbelangt, hat die CDU es befürwortet, dass eine Wahlmöglichkeit besteht, Gemeinschaftskunde in den Jahrgangsstufen durchgängig zu belegen und nicht nur abwechselnd mit Geographie.

- Workshop 5:

- Forderung 1:

-

Die CDU begrüßt es, dass sich die Schülerinnen und Schüler für Demokratiebildung aussprechen. Demokratiebildung trägt dazu bei, das Bewusstsein für die eigene Rolle in der Gesellschaft zu schärfen und das Engagement für demokratische Werte und Prozesse zu stärken.

Die Schulen sollen daher den Leitfaden Demokratiebildung umsetzen. Dieser wird seit Schuljahr 2023/24 durch ein passgenaues Fortbildungskonzept für Lehrkräfte flankiert. Unter dem Dach des Zertifikatskurses Demokratiebildung „Schule für Demokratie“ werden vielfältige Fortbildungsangebote zu allen Handlungsfeldern schulischer Demokratiebildung angeboten.

Demokratie sollte fortwährend eingeübt werden und nicht nur an einem Projekttag. Dabei können außerschulische Partner einbezogen werden. Mit dem Projekt „Rechtsstaat macht Schule“, das von der CDU initiiert wurde, besteht bspw. ein Angebot, das sich flexibel in die Unterrichtsplanung einfügen oder im Rahmen eines Projekttagess angeboten werden kann.

Mit der Kampagne BITTE WAS?! und dem Projekt #RespektBW können Lehrende und Lernende zudem ein Zeichen gegen Hass, Hetze und Fake News setzen.

- Forderung 2:

Gerade in der heutigen Zeit müssen wir uns mehr denn je auf unsere Grundwerte besinnen und diese offen leben. Es ist wichtig, dass Menschen, die in Deutschland leben, die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Landes kennen und hiernach handeln. Entsprechend setzen wir früh an und beginnen in den Schulen mit Demokratiebildung. Beteiligungsformate sind damit nicht unbedingt gleichzusetzen. Die Bürgerinnen und Bürger wählen in demokratischer Weise ein Parlament, welches sie vertritt. Durch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten ist eine direktdemokratische Teilhabe bereits heute gewährleistet. Diese weiter auszubauen ist kein Ziel der CDU-Landtagsfraktion. Vielmehr sollte Bürgerbeteiligung nur dort eingesetzt werden, wo sie tatsächlich etwas bewirken kann und nicht auf Teufel komm raus in sämtlichen Bereichen.

- Forderung 3:

Wir stehen für die Stärkung von Familien, Kindern und Jugendlichen. Hierzu gehört auch die Heranführung der Jugendlichen an unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seine Mechanismen und Institutionen. Gerade im Rahmen der schulischen Bildung gilt es das zu berücksichtigen und den Grundstein für die demokratische Teilhabe zu legen. Aufgrund der bereits bestehenden hohen Belastung der Kommunen, des Arbeitskräftemangels und der angespannten Haushaltslage sehen wir die Belastung der Kommunen mit weiteren Aufgaben und Stellenforderungen aber sehr kritisch.

- Workshop 6:

- Forderung 1:

Auch mit Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion wurde zu Beginn der laufenden Legislaturperiode das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt. Dies war indes im Vorfeld nicht unumstritten, gerade auch aufgrund der Divergenz zu den Regelungen zur Strafmündigkeit. Hierdurch haben Jugendliche die Möglichkeit der Beteiligung erhalten. Grundvoraussetzung für eine solche politische Mitwirkung oder ein Rede- und Antragsrecht in Gremien des Landtags ist jedoch eine vorangehende demokratische Wahl. Ein darüber hinausgehendes Gremium mit Rede- und Antragsrechten in den Ausschüssen ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion weder praktisch umsetzbar, noch gewollt.

- Forderung 2:

In § 41a Absatz 1 der Gemeindeordnung ist bereits jetzt die Pflicht geregelt, dass die Gemeinde Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen muss und dafür von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln sind. Insbesondere kann die Gemeinde einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Eine weitergehende Pflicht der Kommunen sehen wir mit Blick auf das Subsidiaritätsprinzip und die kommunale Selbstverwaltung kritisch.

- Forderung 3:

Aus Sicht der CDU können Schulen wichtige Impulse geben, damit Jugendliche sich ermutigt fühlen, selbst Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Dazu sollen die Schulen im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags ein motivierendes Umfeld bieten.

Das Kultusministerium hält eine Reihe von Programmen vor, die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zu ehrenamtlichem Engagement eröffnen. Mit dem Jugendbegleiter-Programm erhalten Schulen die Möglichkeit, außerunterrichtliche Bildungsangebote zu realisieren.

Ehrenamtliches Engagement findet außerdem im Rahmen von Schülermentoren-Programmen statt. Das Schülermentoren-Programm zur politischen Bildung Jugendlicher wird überarbeitet.

Ehrenamtliches Engagement junger Menschen mit politischem Bezug kommt darüber hinaus bei den vom Kultusministerium geförderten Veranstaltungen des „European Youth Parliament“ und von „Model United Nations Baden-Württemberg“ zum Tragen.

- Workshop 7:
 - Forderung 1:

Die durchschnittlichen Monatskosten für periodenbedingt benötigte Hygieneprodukte werden in Deutschland auf etwa fünf Euro geschätzt. Hier wollte die CDU-geführte Koalition im Jahr 2020 für eine Entlastung sorgen, indem die Mehrwertsteuer auf Binden und Tampons von 19 auf 7 Prozent gesenkt wurde. Bedauerlicherweise haben verschiedene Hersteller von Menstruationsprodukten die Gunst der Stunde genutzt und ihre Preise gegenüber dem Handel pünktlich zum Inkrafttreten der Steuersenkung kräftig erhöht, so dass die Steuersenkung letztlich nicht auf die Verbraucherpreise durchschlagen konnte. Ungeachtet dessen dürften Aspekte der Armutsbekämpfung bei der Frage der Bereitstellung kostenloser Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen eine untergeordnete Rolle spielen. Jedenfalls legen die im Land laufenden Projekte nahe, dass die kostenlose Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten in öffentlichen Einrichtungen mit nicht unerheblichen Kosten verbunden wäre, gleichzeitig aber keinen Beitrag zur zielgerichteten Armutsbekämpfung leisten kann. Soweit die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten aus gleichstellungspolitischen Erwägungen für geboten erachtet wird, braucht es für die Umsetzung einen politischen Schulterschluss aller politischen Ebenen, von den Kommunen bis zum Bund.

- Forderung 2:

Eine nutzerfreundliche und barrierefreie digitale Übersicht über staatliche Leistungen und darüber hinaus die digitale Beantragung dieser Leistungen muss Ziel einer bürgerfreundlichen digitalen Verwaltung sein. Auf der Homepage www.service-bw.de sind bereits heute zahlreiche staatliche Leistungen aufgeführt. Unser Ziel ist es, diese Übersicht zu vervollständigen und in einer leicht verständlichen App anzubieten.

- Forderung 3:

Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen sind aus Sicht der CDU wichtig für die ganzheitliche Entwicklung von Schülerinnen und Schülern. Durch diese Kooperation können junge Menschen nicht nur ihre schulischen Leistungen verbessern, sondern auch soziale Kompetenzen entwickeln. Vereine bieten oft zusätzliche sportliche, kulturelle oder kreative Angebote, die den Schulalltag bereichern und den Schülerinnen und Schülern helfen, ihre Interessen und Talente zu entdecken. Die CDU setzt im Zuge der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Primarschülern auf einen Ausbau von Kooperationen. Unser Ziel ist ein qualitätsvolles, vielfältiges und von vielen Akteuren getragenes Angebot.

Workshop 8:

- Forderung 1:
- Forderung 2:

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich gegen eine zu starke Anpassung und Veränderung der Sprache aus. Hierzu wurde unlängst auch eine Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Inneren erlassen, deren Inhalt auch auf Seiten der CDU-Landtagsfraktion absolute Zustimmung erhält. Hierin geregelt ist, dass in öffentlichen Formularen gerade keine gegenderte Sprache zur Anwendung kommt. Gleiches muss aus hiesiger Sicht für die standardisierte und regelmäßige Aufnahme eines unbestimmten Geschlechtes in Formularen gelten.

- Forderung 3:

Im Bereich der landeseigenen Liegenschaften besteht ein großer Nachholbedarf bei der Renovierung wie auch beim Neubau. Zentrale und überlagernde Themen sind dabei neben der Funktionalität vor allem die Klimaneutralität und die Barrierefreiheit der Landesliegenschaften. Diese Komplexität wirkt sich neben der allgemeinen Baupreisentwicklung auf die Vorhabenkosten aus. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig zielführend, den ohnehin als überbordend empfundenen Auflagen für Neubauten und Renovierungen nun auch noch bauliche Vorgaben für genderneutrale Toiletten beizufügen.

Insoweit muss es unseres Erachtens bei der Einrichtung genderneutraler Toiletten weniger um bauliche Maßnahmen als mehr um maßvolle Lockerungen der bislang bestehenden Geschlechtertrennung gehen. Dabei darf der Fokus nicht nur auf den Bedürfnissen der queeren Menschen liegen, sondern wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen, dass es nicht-queere Menschen gibt, die Vorbehalte gegen eine vollständige Aufgabe der bestehenden Geschlechtertrennung haben.

- Workshop 9:

- Forderung 1:

Die mentale Gesundheit von Schülern ist ein Thema, das in den letzten Jahren und vor allem im Zuge der Corona-Pandemie an Bedeutung gewonnen hat.

Wir wollen Kinder und Jugendliche ermutigen, sich bei psychischen Problemen Hilfe zu suchen. An den öffentlichen Schulen in BW stehen die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Beratungslehrkräfte und Schulpsychologischen Dienste zur Verfügung.

Wir möchten gemeinsam mit dem Koalitionspartner beraten, wie das Thema Mental Health im schulischen Kontext noch besser verankert werden kann. Dabei können bspw. Erfahrungen aus dem Modellprogramm "Mental Health Coaches" des Bundes einbezogen werden.

- Forderung 2:

Durch eine Änderung des Landeskrankenhausplans wurden im Jahr 2023 für den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie 224 Betten und 168 Plätze zusätzlich geschaffen. Zudem belegen viele Studien, dass sowohl im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie als auch bei Erwachsenen die Telemedizin einen signifikanten Beitrag zur Sicherstellung und Verbesserung des Versorgungsangebots leisten kann. Dabei geht es nicht nur um den direkten Dialog zwischen Patient und Therapeut, sondern auch um die Nutzung von digitalen gesundheits-Apps. Im Übrigen ist für eine Erhöhung der zulässigen Therapeutesitze eine Änderung der Bedarfsplanung durch den Bund nötig, die durch eine entsprechende Erhöhung der Krankenkassen-Mittel; die insgesamt für die Vergütung

der Psychotherapeuten zur Verfügung stehen, flankiert werden muss. Hier hat das Land keine direkten Einflussnahmemöglichkeiten.

- Forderung 3:

Zum 1. September 2020 hat die CDU-geführte Koalition im Bund das Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz (PsychThGAusbRefG) in Kraft gesetzt. Eine entscheidende Verbesserung dieses Gesetzes ist, dass Absolventen der staatlichen Abschlussprüfung während der anschließenden, gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildung künftig ein Tarifgehalt bekommen. Damit ist eine wesentliche Zugangshürde zur Psychotherapeutenausbildung abgebaut worden.

- Workshop 10:

- Forderung 1:

Wir fordern ebenfalls, dass das Sicherheitsgefühl der gesamten Bevölkerung gestärkt wird. Ein Teil der hohen Lebensqualität in Deutschland besteht darin, dass sich die Menschen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und im ÖPNV Tag und Nacht sicher fühlen können. Aber genau dieses Sicherheitsgefühl hat in den letzten Jahren gelitten. Wenn Menschen das Straßenbahnfahren oder bestimmte Plätze aus Sorge vor Übergriffen meiden, ist das eine erhebliche gesellschaftliche Fehlentwicklung. Wir wollen daher das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wieder umfassend stärken. Hierbei kommt gerade auch unserer Polizei eine wichtige Rolle zu. Unsere Polizistinnen und Polizisten verteidigen jeden Tag unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und sind dabei immer wieder Angriffen ausgesetzt. Für ihren Einsatz für unser aller Sicherheit und unser demokratisches Gemeinwesen verdienen unsere Polizistinnen und Polizisten Dank, Anerkennung und ein Grundvertrauen statt pauschaler Vorwürfe. Deshalb wollen wir auch weiterhin mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen, denn eine starke Polizeipräsenz sorgt für Sicherheit. Außerdem bringen wir für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum die (intelligente) Videoüberwachung voran.

- Forderung 2:

Die Zuständigkeit für die Rentenpolitik liegt beim Bund. Darauf kann das Landesparlament keinen unmittelbaren Einfluss nehmen. Als CDU-Landtagsfraktion fordern wir, dass die Rente für alle Generationen gerecht und zuverlässig sein muss. Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit: Wer gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, muss mehr haben als jemand, der dies nicht getan hat. Wir wollen die gesetzliche Rente durch eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge ergänzen. Für Menschen mit geringem Einkommen braucht es dabei staatliche Zuschüsse. Um Arbeit im Alter attraktiv zu machen, wollen wir zudem eine Aktivrente einführen: Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeiten möchte, sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei bekommen.

- Forderung 3:

Ein klares und stringentes Vorgehen ist für die CDU-Landtagsfraktion essentiell. Das gilt gerade im Bereich der Extremismusbekämpfung, bei welchem in Baden-Württemberg bereits viel getan wird. Selbstredend kann man damit nicht für jeden Einzelfall Rechtswidrigkeiten vermeiden, aber es ist uns ein Ansinnen etwa durch beschleunigte Strafverfahren und eine gezielte Aufklärung über den Rechtsstaat – beispielsweise über das Projekt ‚Rechtsstaat macht Schule‘ – bestmöglich dazu beizutragen.